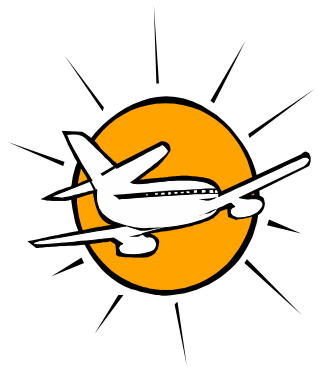


MEDIA-AGENTUR PETER NAGEL
Barmbeker Markt 36, D-22081 Hamburg
Tel.: 040-209 44 663
Fax: 040-209 71 782
E-mail: png2335@aol.com



. Media-Agentur Hamburg, Barmbeker Markt 36, 22081 Hamburg .

Information an alle Mitstreiter

Hamburg, den 17. März 2001

Fraktionsmeeting in Berlin am 14. 03. 01

Liebe Mitstreiter/innen,

an dem für den 14. 03. 01 anberaumten Gespräch in Berlin mit den Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion habe ich teilgenommen.

Neben einigen Geschädigten haben von der Anwaltsseite teilgenommen:

Dr. Peter Ausborn, Hamburg, Dr. Reiner Füllmich, Göttingen, (Dr. Füllmich hatte ein wenig Verspätung und mußte aus terminlichen Gründen auch schnell wieder zurück, um die New Yorker Kanzleivertretung der Class Action zu empfangen), Dr. Hubert Menken, Hamm, sowie auf der Abgeordnetenseite die Herren Baumann, Bosbach, Geis, Obermeier und Weingart, die mit großem Sachverstand in diese Diskussion eingetreten sind. Nach einer ausführlichen Schilderung des gegebenen Sachverhaltes durch Dr. Ausborn und Dr. Menken. Unter anderem durch die Schreiben von mir waren die Abgeordneten natürlich auch von dem grundlegenden Sachverhalt informiert und schlugen vor, daß zur weiteren Behandlung dieser Sache von Seiten der Juristen ein entsprechender Aufsatz übersandt wird, (dieses war im Jahre 2000 schon mal geschehen) der den Bedarf einer entsprechenden Gesetzesänderung präzisiert aufzeichnet um in den weiteren Rechtsausschußsitzungen beraten zu können. Dieses ist auch sofort geschehen. Man verwies natürlich auch auf die Tatsache, daß eine Gesetzesänderung letztlich einer gesamtpolitischen Zustimmung bedarf, d.h., die Abstimmung einer dann erfolgenden Gesetzesänderung muß mehrheitlich im Bundestag beschlossen werden.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Parteien sich heute schon um ihre Wahlkampfprogramme bemühen und es um den Erhalt ihrer Stimmen geht, sowie auch unter dem Druck der Anmahnung der EU-Kommission, doch entsprechenden Angleichungen an die Vorschriften des EU-Vorschriften vorzunehmen, ist nun Zugzwang der Regierung angesagt.

In einem weiteren persönlichen Gespräch mit dem Abgeordneten Baumann habe ich dann erfahren, daß die Zeit für eine solche Gesetzesänderung in der Regel bis zu einem Jahr dauert, aber man sich bemühen wird, dieses Thema schnell und zügig zu bearbeiten. Warten wir es ab, dann sind wir alle schlauer. Hierzu kann ich ergänzend sagen, daß sich jeder einzelne Betroffene an den Bundestagsabgeordneten seines Wahlkreises wenden sollte, um unsere Anliegen breitgefächert zur Kenntnis zu geben. Es ist letztlich die Aufgabe eines jeden Abgeordneten in der Bundesrepublik, sich für das Wohl und die Nöte der Bevölkerung seines Wahlkreises einzusetzen.

Mein persönlicher Eindruck:

Nach den niederschmetternden Reaktionen seitens der Parteien, der Gremien und der einzelnen Abgeordneten habe ich nunmehr den Eindruck, daß sich die Politik nach Monaten nunmal doch bewegt, etwas zu überdenken und zumindest mal einen Versuch zu unternehmen, etwas zu verändern. Es ist mit Sicherheit keinen Jubelschrei wert, aber es läßt doch immerhin ein Licht am Horizont aufkommen.

Den Parteien im Bundestag ist zur Kenntnis gegeben worden, daß unsererseits noch weitere Schritte zur gleichen Sache laufen. Gespräch mit der EU-Kommission in Brüssel am 22. 03. 01, dafür haben wir auch Kontakt mit dem Vertreter der EU-Kommission vor dem EUGH, Herrn Sack, aufgenommen, der lt. Schreiben von Herrn Bornemann-von Loeben dort ja schon einen hervorragenden Bericht abgegeben hat (das Protokoll des Herrn Sack liegt mir vor). Die Meinung des Herrn Salz bezeichnet einen für uns wohl hervorragenden Stand. Er ist der Meinung, daß der EUGH an der Auffassung der EU-Kommission nichts bezweifeln könne und ein Urteil zu Gunsten des Verbrauchers kommen muß.

Desweiteren ist den Abgeordneten bekannt, daß die von Herrn Dr. Füllmich initiierte Class action in den USA auch durchgeführt wird und daß die Europäische Kommission für unsere Belange "Elefantenohren" hat.

Zum Treffen mit der SPD-Fraktion:

An dieser Sitzung habe ich aus terminlichen Gründen nicht mehr teilnehmen können, aber habe mir berichten lassen. Die Abgeordneten der SPD waren allesamt sehr bedeckt. Man ließ im wesentlichen den Anwälten und den Geschädigten den Vortritt in der Darstellung der Sachlage und erklärte dann, daß man ähnliche Fälle kenne und keine konkreten Ideen habe, um in das praktizierte Rechtsgefüge eingreifen zu können, (siehe dazu die an manche Geschädigte oder auch Gruppen gesandte Schreiben der Bundesjustizministerin, Frau Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin). Man ist zwar heute noch an der Regierung, aber wie lange noch? Also, keine Initiativvorschläge in unserer Sache. Auch dieser Sachverhalt sollte den entsprechenden Abgeordneten angetragen werden.

Ich wäre Ihnen allen dankbar, wenn Sie mir bezüglich Ihrer eigenen Initiative in der beschriebenen Sache berichten, damit ich weitere Vorstöße gegenüber der Politik vornehmen kann.

Zum Meeting in Brüssel werde ich weitere Informationen veröffentlichen, bis dahin,

mit freundlichen Grüßen aus Hamburg.

Peter Nagel